



**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 9. Juli 2018**

in der Nachbarschaftsschule in den Berglen, Stockwiesen 1, 73663 Berglen-Oppelsbohm

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

81 Kreisrätinnen und Kreisräte: Häffner (ab 15:20 Uhr), Gruber (ab 15:10 Uhr)

Entschuldigt: Theile, Kölz (CDU)
Dannenmann (Freie Wähler)
Dr. Fleischer (Grüne)
Meßmer, Hofer, Payr (FDP-FW)
Bußler (AfD/Unabhängige)

Ferner:

Erster Landesbeamter Kretzschmar
Finanzdezernent Geißler
Verkehrsdezernent Dr. Zaar
Sozialdezernentin Böhm
Geschäftsführer Kreisbaugruppe Braune
Herr Beutelspacher (Drees & Sommer) (Top 3)
Herr Straka (Drees & Sommer) (Top 3)

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Die Schriftführerin: Amtsinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:53 Uhr

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Nachrückverfahren im Kreistag

§ 1.1

Verabschiedung von Herrn Staatssekretär Wilfried Klenk aus dem Kreistag

Landrat Dr. Sigel bedankt sich im Namen des Kreistags und persönlich bei den Herren Klenk für sein ehrenamtliches Engagement für den Rems-Murr-Kreis. Er übergibt Herrn Klenk das Wort.

-

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 1.2Nachrücken von Herrn Andreas Winkle in den Kreistag und Änderungin der Besetzung der GremienDrucksache 2018/122

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde gelegenen Drucksachen.

Der Kreistag beschließt den Beschlussvorschlag einstimmig:

1. Es wird festgestellt, dass ein wichtiger Grund für die Ablehnung des Kreistagsmandats bei Herrn Ulrich Fabriz nach § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Andreas Winkle keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.
3. Der Sozialausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
4. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
5. Der Kreistag bestellt Kreisrat Dr. Peter Engel als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Waiblingen (Nachfolger von Herrn Staatssekretär Wilfried Klenk), Kreisrätin Ulrike Wittner als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats (Nachfolgerin von Herrn Dr. Peter Engel). Als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates von außerhalb des Kreistags wird Herr Robert Dingfelder (Nachfolge von Herrn Dieter Einhäuser) bestellt
6. Der Kreistag wählt Kreisrat Erhard Häußermann zum Gewährträgerabgeordneten für die Gewährträgerversammlung des Württembergischen Sparkassenverbands (Nachfolger für Staatssekretär Wilfried Klenk).

Er begrüßt den nachrückenden Kreisrat Winkle als neuen Mitglied des Kreistags.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 4

Öffentlich

Herr Winkle wird nach der nachstehenden Formel verpflichtet:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Auszüge:

4 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 2VVS TarifzonenreformDrucksache 2018/027

Landrat Dr. Sigel bemerkt, dass das viel diskutierte Thema Tarifzonenreform eine große Rabattaktion für die ÖPNV-Nutzer sei, bei der auch kommunale Interessen berücksichtigt wurden. Parallel zu den Fahrpreis-Vergünstigungen gebe es bemerkbare Verkehrsverbesserungen. Bei den Vergaben für Busleistungen, die zum Großteil ab 2019 gefahren werden, habe die Verwaltung gute Arbeit geleistet und kann substantielle Verbesserungen beim ÖPNV auch in der Fläche vorweisen. So seien zum Beispiel die Fahrmöglichkeiten, vor allem in der Fläche und an den Wochenenden zum Teil mehr als verdoppelt worden, Nachtangebote seien ausgeweitet. Zudem werde der ¼-Stunden-Takt der S-Bahn 2019 erneut ausgeweitet. Auch die geplante Stadtbahnverlängerung nach Fellbach gehöre zu den vielen Neuerungen. Die VVS Tarifzonenreform sei ein großer und wichtiger Schritt, der jedoch trotz der prognostizierten Steigerung der Fahrgäste Geld koste. Es sei sehr erfreulich, dass das Land diese Reform finanziell mittrage.

Kreisrat Jäger lobt ausdrücklich, dass der Verwaltung und den anderen Verbundlandkreisen gemeinsam mit dem VVS mit seiner vielfältigen Partnerstruktur und der Landesregierung diese große Tarif-Reform gelungen sei. Die Reform betreffe nicht nur die Stadt Stuttgart, sondern dehne sich in alle Verbundlandkreise aus. Auch wenn noch an manchen Punkten weiterer Verbesserungsbedarf bestünde, sei im Großen und Ganzen der konstruktiven gemeinsamen Arbeit großer Respekt zu zollen. Besonders erfreulich seien die Neuerungen beim ÖPNV für den Pendlerbereich. Durch die drastische Reduzierung und Neueinteilung der Zonen – von ehemals 52 auf fünf Ringzonen – und den Wegfall der Sektoren sei das Angebot deutlich günstiger und benutzerfreundlicher. Eventuell sei die neue vereinfachte Einteilung ein weiterer Entscheidungsgrund für den Nutzer, sich für eine Fahrt mit dem ÖPNV zu entscheiden. Parallel dazu verzichte das System für 2019 zusätzlich auf eine Tarifierhöhung. Mit der gleichzeitigen Umgestaltung der Linienbündel, die derzeit in der Ausschreibung seien, führe das Gesamt-ÖPNV-Paket auch in vielen Gemeinden zu deutlichen Verbesserungen. Die meisten Gemeinden lägen in einer einheitlichen Zone. Dass es eine „willkürliche Zoneneinteilung“ sei, wie kritisch mancherorts behauptet werde, weist er energisch zurück. Für die

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 6

Öffentlich

Ermittlung des Fahrpreises müsse nach wie vor beachtet werden, dass Grenzen auch überschritten werden.

Leider sei die Zeit für ein Ein-Zonen-Angebot in der Region Stuttgart noch nicht gekommen.

Die Mehrbelastung von 4 – 5 Millionen Euro müsse der Kreishaushalt stemmen. Dies sei aber gut angelegtes Geld.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung voll umfänglich.

Kreisrat Riedel führt aus, dass ein längst überfälliger Entscheidungsdruck bei der Region zu einem übersichtlichen und günstigeren VVS-Angebot geführt habe, bei der nahezu alle Nutzer profitieren. Der entscheidende Durchbruch sei, dass in Stuttgart nur noch in einer Zone gefahren werde. Es wäre attraktiver gewesen, in der Fläche mit einem Drei- oder Zwei-Zonen-Modell zu arbeiten, aber die Politik benötige tragfähige Kompromisse, die durchführbar und bezahlbar seien.

Die wichtigsten Punkte seien:

1. Forderung nach einem Sozialticket für die Schwächsten in der Gesellschaft, die eine gute Mobilität benötigen,
2. Dringende Forderung nach der Pünktlichkeit der S-Bahn,
3. Barrierefreie Zu- und Abgänge bei den Zügen und Haltepunkten, besonders im Hinblick auf die Remstal-Gartenschau,
4. Verlässliche Abstimmung von S-Bahnen und Bussystemen,
5. Weitere Taktverdichtung in den Stoßzeiten und im Tagesbetrieb,
6. Ausbau der Park&Ride-Plätze, damit Menschen aus dem ländlichen Bereich die S-Bahn-Haltepunkte besser erreichen. Entsprechende Programme liefen bereits.

Nicht für alles, so Kreisrat Riedel, sei der VVS zuständig, der ein gutes ÖPNV-System anbiete. Die Deutsche Bahn sei für die Vernachlässigung der technischen Infrastruktur über Jahre hinweg verantwortlich.

Erfreulich sei, dass mittlerweile einige wichtige Bausteine erledigt seien, wie zum Beispiel

1. 15-Minuten-Takt, auch nachmittags, Lückenschluss bis Ende 2020
2. Erreichbarkeit des Flughafens Stuttgart von überall vor 5.00 Uhr
3. Zusammenarbeit mit der SSB, um neue ÖPNV-Linien zu definieren.

In der automobilgeprägten Region gehe die Zeit für große Straßenbauprojekte zu Ende. Auf Druck von Feinstaub, Diesel-Fahrverbote oder Stau auf Straßen, müsse der ÖPNV in allen Köpfen ange-

kommen sein. Ein Umdenken bei allen Beteiligten sei dazu notwendig. Es gelte, die Straßen zu erhalten und zu verbessern und den ÖPNV auszubauen, damit die Gewerbe- und Industriestätten erhalten werden können. Hier gebe es Nachholbedarf im Kreis.

Er dankt Dezernent Dr. Zaar, für sein geschicktes Verhandeln mit dem VVS und den Kommunen. Mit finanziellen Spielräumen könne der Kreis auch mehr Fördermöglichkeiten für die Kommunen anbieten.

Kreisrat Riedel habe Hoffnung, dass eines Tages für den Rems-Murr-Kreis auch ein Ganzjahresticket angeboten werden könne. Gemeinsam müsse man die Mobilitätszukunft gestalten. Ein erster Schritt sei dazu mit dem neuen Tarifzonenmodell geschaffen.

Kreisrat Ulrich lobt den ÖPNV in der Region Stuttgart Das S-Bahnnetz und die gute Arbeit des VVS sei das verkehrliche Rückgrat der Region. Mit der Taktverdichtung, den Neuangeboten an Wochenenden, den Regionalzügen, den Direktbussen und den neuen Busbündeln sei jedoch auch das Tarifsysteem immer komplexer und unübersichtlicher geworden. Umso mehr sei es begrüßenswert, dass die Beteiligten bei der Ausgestaltung des neuen Tarifzonenmodelles es geschafft haben, jetzt das Angebot einfacher und übersichtlicher zu gestalten. Darüber hinaus konnten verkehrliche und strukturelle Ziele des Kreises mitbefördert werden. Für die meisten Ein- und Auspendler seien die Fahrten günstiger und benutzerfreundlicher und damit attraktiver. Eine darüber hinausgehende weitere Erweiterung des ÖPNV-Angebotes wäre möglich gewesen, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt wohl kaum finanzierbar. Neue Herausforderungen, wie zum Beispiel die flächendeckende Gewährleistung von Digitalisierung, Barrierefreiheit, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit werden hoffentlich bei weiter steigenden Fahrgastzahlen zusätzliche Investitionen zum Beispiel in die Hardware ermöglichen. Der Grund für die großzügige Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg – 42 Millionen Euro in sechs Jahren – sei sicher die Reaktion auf die immer schlechter werdende Luftqualität, die drohenden Fahrverbote und die dann in Folge nachteiligen Auswirkungen auf die Wirtschaft im Großraum Stuttgart gewesen. Die enormen Kosten, die der Kreis für seine Aufgaben Kliniken, Gesamtimmobilienkonzept oder Tarifreform zu tragen hat, werden sicher auch die Kreisumlage erhöhen. Damit werden die Aufgaben, die auch vor allem dem ländlichen Raum im Rems-Murr-Kreis zu Gute kommen, von allen mitgetragen. Sein Dank gilt der Verwaltung und allen weiteren Beteiligten.

Kreisrätin Sturm freut sich, dass die Einführung des neuen Tarifzonenmodells eine große positive Wirkung für alle mobilen Menschen in der Region Stuttgart und darüber hinaus erzielen werde. Es sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg in Richtung Bekämpfung des Klimawandels.

40 Jahre VVS seien 40 Jahre Erfolgsgeschichte mit stetig steigendem Angebot und stetig steigenden Nutzerzahlen, aber auch 40 Jahre Tariferhöhung und 40 Jahre Tarifdschungel. Darüber hinaus sei 40 Jahre der Anteil der Nutzerfinanzierung an den Kosten stetig angestiegen während die Mehrerlöse, die aus dem stetig steigenden Fahrkartenverkauf erwirtschaftet wurden, nur den Unternehmen zu Gute kamen. 40 Jahre, in denen sich aber immer noch viel zu viele für das Auto entschieden haben, auch wenn der ÖPNV eine Alternative dargestellt habe. Gründe für die Wahl zum Auto seien unter anderem der hohe VVS-Preis und dessen kompliziertes Tarifwesen mit jährlichen Preiserhöhungen gewesen. Es sei höchste Zeit geworden, diese Zugangshindernisse zu beseitigen. Die Reduzierung auf fünf Zonenringe, günstigere Tagestickets und die aussetzende Tariferhöhung für 2019 mache „Bus und Bahn“ für viele Nutzer im VVS-Bereich billiger und einfacher und bis dato Unentschlossene könnten damit überzeugt werden.

Die grüne Landesregierung gebe 42 Millionen Euro für diese Tarifreform in ihrem wichtigsten, aber nicht einzigen Ballungsraum im Land aus. Es sei, so Kreisrätin Sturm, ein großer Verdienst des „grünen“ Oberbürgermeisters Herr Kuhn, der es als Vorsitzender der SSB geschafft habe, was bisher undenkbar schien. Die Verkehrsunternehmen hätten in dem für die Tarife zuständigen VVS-Aufsichtsrat die Mehrheit. Selbst der geballte politische Wille sei seither dagegen nicht angekommen. Jetzt sei Dank der SSB der gordische Knoten zerschlagen und mit dem Verhandlungsgeschick von Herrn Oberbürgermeister Kuhn können bei dem neuen Tarifzonenmodell alle Beteiligten gleichermaßen ihren Beitrag leisten. Unter anderem übernehmen die Unternehmen ihren Beitrag durch den Verzicht auf eine Tariferhöhung im Jahr 2019. Auch werden die Mehrerlöse in den nächsten sechs Jahren nicht automatisch an die Verkehrsunternehmen, sondern an die Aufgabenträger, wie den Rems-Murr-Kreis, fließen. Damit seien die drei Millionen für 2019 und die vier-fünf Millionen in den Folgejahren gut angelegt auch wenn der ÖPNV-Anteil am Haushalt von derzeit 4,12 % geringfügig steigen werde.

Der Kreistag habe neben Klimaschutzpolitischen Zielen auch ein finanzielles Interesse daran, dass die Fahrgastzahlen und die Mehrerlöse steigen. In den vergangenen Jahren seien die Mehrerlöse immer bei ca. 2 % gelegen – so sollte es auch in Zukunft sein. Um den ÖPNV als Alternative für alle anzubieten, müsse man folgende Aufgaben angehen:

- Bessere Vernetzung der S-Bahn

- Steigerung des Angebotes für Direktverbindungen
- Mehr intelligente Lösungen für schwach besiedelte Gebiete schaffen
- Einschusshalten der Wieslaufalbahn
- Steigerung des Angebotes für Fahrradmitnahmemöglichkeiten
- Stärkung der tangenziellen Angebote

Bedarf und Nachfrage seien ständig zu überprüfen und zu aktualisieren.

In Zukunft sei Waiblingen und Esslingen in einer Zone – hier bestehe schon zum Beispiel das Angebot „Relex-Bus“.

Die Städte Backnang und Schorndorf liegen zukünftig in einer Zone. Gut wäre, hier für die Strecke zur Berufsschule eine durchgehende Verbindung durch Vertaktung der Wieslaufalbahn mit einem Busangebot zu realisieren. Die Städte Welzheim und Göppingen liegen zukünftig ebenfalls in einer Zone. Hier fehle es noch an einer ÖPNV-Verbindung. Für die Strecke Oberstenfeld – Backnang wäre eine Busverbindung als Berufs-Pendlerverkehr ebenfalls interessant. Der Stuttgarter Gemeinderat habe sich vor allem aus Gründen der Luftreinhaltung auf eine VVS-Zone in Stuttgart geeinigt. Auch für Backnang und andere Rems- und Murrmetropolen werde zukünftig die Zonenreduzierung zur Luftverbesserung beitragen können. Kreisrätin Sturm honoriert die sehr guten Verhandlungen des Landrats im Namen der Fraktion B90/Die Grünen, die allen Beschlussvorschlägen zustimmen werde.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich zunächst für die klare Beantwortung der Fragen, die die Fraktion FDP-FW in der UVA-Sitzung am 02.07.2018 gestellt habe. Damit konnte ein Stück weit Vertrauen in die Geschäftsführung des VVS zurückgewonnen und Licht in die aktuelle Version des Tarifzonenmodelles gebracht werden. Sie kritisiert jedoch nach wie vor das Gemauschel im Aufsichtsrat beim Zustandekommen der sogenannten großen Tarifzonenreform. Insbesondere missfalle die Rolle der Stadt Stuttgart und die Rolle des „grünen“ Oberbürgermeisters, da knallhart Stuttgarter Interessen durchgesetzt worden seien. Die grün-schwarze Landesregierung tüftle aktuell an einer Lösung, die angeblich Fahrverbote verhindern solle. Um Fahrverbote zu verhindern, müssen mehr Pendler auf den ÖPNV umsteigen. Leider entscheide sich der Kreistag heute aber eindeutig für die zweitbeste Lösung, denn das von der FDP-FW geforderte 3-Zonen-Modell hätte den größeren Nutzen und das größere Umsteigerpotenzial, was so auch von Herrn Stammler, Geschäftsführer VVS, bestätigt werde. Stuttgart selbst wolle nicht die beste Lösung. Sie zitiert aus der Antwort des VVS: „Das 3-

Zonen-Modell hätte allerdings für Binnenfahrten in Stuttgart keinen zusätzlichen Nutzen.“ Daher habe die Landeshauptstadt auch erklärt, dass sie keine zusätzlichen Mittel für das 3-Zonen-Modell zur Verfügung stellen würde und die Landesregierung bezuschusse mit einem Festbetrag. Sie stellt fest, dass zwei grüne Verantwortungsträger zwei Mal keinen Impuls für entscheidend weniger Pendler im Auto geben können. Das aktuelle Tarifzonenmodell könne so nicht überzeugen. Zum Beispiel erscheint es nicht schlüssig, warum die Abrechnung der Mindereinnahmen nicht nach dem tatsächlichen Minus, sondern nur aufgrund Abschlagszahlungen erfolgen könne. Der VVS selbst könne als verlässlicher Schuldner mit sicher geringem Zinssatz über die Bank die Vorfinanzierung leisten. Der Vorteil von niedrigen Zinsen könne so in die Tarife und die nächste absehbare Tarifierhöhung einfließen und das weitere Vorgehen in Sachen der Kreisumlage wäre erleichtert.

Kreisrätin Wilhelm kündigt für die FDP-FW-Fraktion für die Haushaltsberatungen an, dass bei den Verhandlungen um die Finanzierung des Tarifzonenmodells eine „harte Linie“ gefahren werde.

Gerne weist Kreisrätin Wilhelm noch auf folgendes hin:

1. Von besonderem Vorteil ist, dass Fellbach zur Stuttgarter Innenzone gehöre.
Mit Blick auf die Verkehrssituation des Kappelbergtunnels sollte jedoch noch mit weiteren Maßnahmen verstärkt darauf hingewirkt werden, dass Berufspendler auf den ÖPNV umsteigen.
2. Der Bahnhof Fellbach habe wie der Bahnhof in Waiblingen den Vorteil, dass er von zwei S-Bahn-Linien angefahren wird. Fellbach zusätzlich noch von der Stadtbahn U1. Hier könnte zum Beispiel das Modell „Parkhaus in Degerloch“ Schule machen.

Abschließend bemerkt Kreisrätin Wilhelm, dass die heute unvollkommene Reform in den unvollkommenen Luftreinhalteplan der Stadt Stuttgart einfließe. Sie warnt davor, dass die Deutsche Umwelthilfe nur auf solche Schwachstellen warte und den Kampf nicht nur für Dieselfahrzeuge, sondern auch für alle PKW mit Verbrennungsmotoren aufnehme. Sie bedauert, dass die Landesregierung beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig nicht in Berufung gegangen sei.

Kreisrat Heide bemerkt bedauernd, dass es bei der Einführung des neuen Tarifzonenmodelles nicht darum gehe, wieviel ein Ticket im VVS kosten dürfe, sondern wie fair die Kostenverteilung auf Stuttgart und die Verbundlandkreise sei. Während Stuttgart mit seinen rund 600.000 Einwohnern künftig nur noch eine Zone brauche, seien die Verbundlandkreise deutlich schlechter gestellt. Die Zahl der Zonen sei nicht halbiert, sondern von sieben auf immer noch fünf Zonen reduziert worden. Der Wegfall der Sektorengrenzen werde als Vorteil argumentiert. Dies nütze jedoch nur wenigen

Fahrgästen, denn die Hauptverkehrsströme gehen radial von und nach Stuttgart und nicht tangential. Darüber hinaus fahren zwischen den Sektoren sowieso vorwiegend nachrangige Buslinien. Beim genaueren Durchsehen des Zonenplanes falle auch auf, dass über ehemals 25 Sektorengrenzen hinweg keine einzige Verkehrslinie bestehe. Dort könne niemand fahren, ob mit oder ohne Sektoren. Der Wegfall der Sektorengrenze sei ein Placebo. Es sei zwingend notwendig, dass sich die Stadt Stuttgart eindeutig stärker an den Kosten beteilige, da Stuttgart am meisten von den Neuerungen im Verbund profitiere. Die zahlreichen Berufspendler aus dem Umland in Stuttgart tragen zum Gewerbesteueraufkommen bei, geben dort ihr Geld aus, während die Innenstädte im Umland verödeten. Der Unterschied zwischen Stuttgart und dem Umland falle besonders im Kreis Göppingen auf, der sich lange erfolgreich gegen eine Hinzunahme in den Verbund gesträubt habe. Stuttgart benutze die Verbundlandkreise zur Lösung der eigenen Probleme. Das koste zum Beispiel dem Rems-Murr-Kreis jährlich 4-5 Millionen Euro. Dieser Hintergrund wird zusätzlich bei den Zuschüssen des Landes ersichtlich. Diese enden nicht zufällig im Jahr 2025, denn dann werden die alten PKW's aufgrund der Einstufung E5 von der Straße verschwunden sein und Stuttgart hätte sein Feinstaubproblem gelöst. Der Umweltminister und der Stuttgarter Oberbürgermeister hätten so Hand in Hand gearbeitet, was nicht fair gegenüber den Verbundlandkreisen sei. Das neue Tarifzonenmodell sei nicht entscheidungsreif und müsse nachverhandelt werden.

Kreisrat Bezler bemerkt, dass die vorliegende Tarifzonenreform tatsächlich als Reform bezeichnet werden darf, die auch in die richtige Richtung gehe, wenngleich sich die Frage ergeben würde, warum diese Reform nicht bereits vor Jahren durchgeführt worden sei.

Sicher verhalten die Feinstaubproblematik und die schmerzlichen Erfahrungen rund um Stuttgart 21 dem neuen Tarifzonenmodell zum schnellen Start. Das Konzept sei noch nachbesserungsfähig, aber es gehe in die richtige Richtung. Leider werden mit dem Konzept nicht alle auf den ÖPNV Umsteigewilligen erreicht. Es gebe noch zu viele Zonen und die Fahrpreise seien noch zu hoch. Die Mehrkosten einer größeren Lösung seien jedoch von allen zu tragen, denn alle profitieren davon. Sowohl die Nutzer des ÖPNV selbst, als auch diejenigen, die wirklich auf das Auto angewiesen seien und durch das dann geringere KFZ-Aufkommen schneller ans Ziel kommen. Jedoch sei der politische Wille mehrheitlich ein anderer. Die Reform müsse sich weiterentwickeln. Die Attraktivität des ÖPNV könne und solle bis zur Kostenlosigkeit erhöht werden. Leider, so führt Kreisrat Bezler weiter aus, können die Gelder, die in Stuttgart 21 fließen, nicht zur Ertüchtigung in barrierefreie Bahnsteige einfließen. Der Druck auf die Bahn müsse weiter erhöht werden. Sein Dank gelte be-

sonders Herrn Dr. Zaar und seinem Team, die ihre Aufgaben ernst nehmen und den Landkreis gut vertreten.

Kreisrat von Pollern ergänzt die Redebeiträge der Fraktionen mit der Meinung, dass grundsätzlich die Tarifreform begrüßenswert sei. Aber er fragt sich, wie man den Flaschenhals in Stuttgart lösen könne, wenn eine günstige Tarifreform für die Wahl zum ÖPNV werbe. Günstige Tarife allein verbessern diesen Flaschenhals nicht. In der Rush-Hour werde es zu regelmäßigen Engpässen bei der Beförderungskapazität kommen. Es sei unverständlich, warum das Thema „Tarifzonenreform“ nicht bei den Entwicklungen rund um Stuttgart 21 mitbefördert worden sei. Der ÖPNV müsse dringend in der Rush-Hour attraktiv gemacht werden. Er würde sich wünschen, dass der Landkreis in diese Richtung in einer der nächsten Sitzungen eine Resolution verabschieden würde.

Landrat Dr. Sigel erwidert, dass die Tarifreform Hand in Hand parallel zu den weiteren Verbesserungen und Investitionen in die Infrastruktur entwickelt worden sei. Grundsätzlich müsse sich der Landkreis auf seine Kernaufgaben konzentrieren, d. h. vor allem auf die Busse und Busvergaben und darüber hinaus auf die Umsetzung des ÖPNV-Paktes. Fakt sei, dass es aufgrund der geografischen Lage einen Flaschenhals in Stuttgart gebe, mit dem man umgehen müsse. Der Landkreis habe das Thema auf seiner Agenda und leistet seinen Beitrag dazu. Eine Flexibilität im System werde kommen, aber Entwicklungen benötigten Zeit. Herr Landrat Dr. Sigel ist zuversichtlich, dass letztendlich eine gute Lösung gefunden werde.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

1. Der VVS-Tarifzonenreform wie in der Vorlage dargestellt (inklusive des Verzichts auf eine Tarifierhöhung im Jahre 2019) zuzustimmen,
2. die dazu notwendigen finanziellen Mittel in den Haushalt einzustellen,
3. Herrn Landrat zu ermächtigen, in den VVS-Gremien der unter Nr. 1 genannten Reform zuzustimmen und
4. die Verwaltung zu ermächtigen, alle zur Umsetzung der unter Nr. 1 genannten Reform er-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 13

Öffentlich

forderlichen Verträge abschließen zu dürfen.

Auszüge:

2 Amt für ÖPNV

1 Dezernat 1

1 Amt für Finanzen

§ 3Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort WaiblingenDrucksache 2018/088/2

Landrat Dr. Sigel fasst kurz zusammen, dass sich die Verwaltung bereits seit 2016 zum Ziel gesetzt habe, bei der Gesamtimmobilienkonzeption eine gute ausgewogene Lösung zu finden. Aktuelle Herausforderungen, wie z. B. die Wohnungsknappheit, haben eingefordert, dass Pläne umgestellt worden seien. So seien auf dem früheren Klinikareal Wohnungen und nicht die zunächst anvisierten Verwaltungsgebäude entstanden. Heute stehe man nach einer langen Planungsphase und nach einem gemeinsamen Entwickeln und Planen vor dem Startschuss. Landrat Dr. Sigel ist es sehr wichtig, die Mitglieder des Kreistags in der Planungs- und Entwicklungsphase mitzunehmen und die Planung von zentraler Stelle und aus einem Guss zu koordinieren. Um eine solide Lösung zu erreichen ist es ihm auch jederzeit persönlich sehr wichtig zu wissen, was haushalterisch möglich sei. Er warnt vor Einzelbeschlüssen, die z.B. in einem Betrag 100 Mio. Euro zur Ausgabe binden könnten. Er plädiert dafür, die Planungen Schritt für Schritt zu entwickeln. Unterstützt werde dies durch den Lenkungsausschuss und die klare Projektstruktur, die mit Hilfe des Büros „Drees & Sommer“ entwickelt worden sei. Zukünftig sollen im Lenkungsausschuss Detailfragen und –planungen besprochen werden und in einzelnen Stufen dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werden. Lange Zeit, so Landrat Dr. Sigel, sei die Postareal-Lösung favorisiert worden. Es mache jedoch städtebaulich mehr Sinn, die Parkdeck-Lösung umzusetzen, da an dieser Stelle sowieso Arbeiten erforderlich seien. Die Verwaltung habe mittlerweile eine ausgewogene Lösung gefunden, die heute im Kreistag Zustimmung finden solle.

Landrat Dr. Sigel bittet die Sprecher der Fraktionen und Gruppen um ihre Redebeiträge.

Herr Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis

und werte Vertreter der Presse
und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises.

Mit Immobilien hat der Kreistag, die Kreisverwaltung und die Tochterunternehmen des Rems-Murr-Kreises so ihre Erfahrungen gemacht.

Bereits vor Jahren war bei einer Besichtigung am Rande der Straßenbaukommission für mich das Thema Verwaltungsstandort Waiblingen ins Blickfeld gerückt.

Ich war damals mit Kreiskämmerer Geißler in einem kurzen Dialog in den Katakomben der Tiefgarage des Landratsamtes und wenn man mit offenen Augen durch die Tiefgarage geht ist unübersehbar, dass hier mehr als nur ein Sanierungsstau zu beheben ist.

Einen Schnellschuss konnten wir verhindern, und dafür herzlichen Dank an Herrn Landrat Dr. Sigel: denn wir hätten sonst Stand heute wahrscheinlich schon mit einem Neubau eines Sozialdezernats am ehemaligen Klinikgelände in Waiblingen begonnen und damit die nun möglich Zukunftschance vertan.

Auch ist es für uns als Fraktion wichtig festzustellen, dass wir gegenüber der Stadt Waiblingen nach der Schließung der Klinik Waiblingen in einem politischen Wort stehen, ähnlich wie wir es in Backnang praktiziert haben.

Es ist daher mehr als richtig, den Kreisverwaltungsstandort Waiblingen zukunftsfähig zu machen. Städtebaulich für die Stadt am ehemaligen Klinikareal eine sehr gute wohnbauliche Lösung. Und am Alten Postplatz und der Röthestraße als Verwaltungsstandort auch kundenorientiert aufgestellt.

Das gute und bezeichnende an diesem Konzept: wir können nach Haushaltslage stufenweise die Umsetzung angehen.

Und wir gehen sparsam und wirtschaftlich mit den Steuermitteln um: denn nichts zu tun und die Gebäude wie seither in der bestehenden Struktur zu nutzen bedeutet denselben – wenn nicht noch höheren - finanziellen Aufwand wie die Umsetzung des Konzepts.

Wir werden als CDU-Fraktion aber sehr genau beobachten und beurteilen, wenn als letzter Baustein die Sanierung oder der Umbau des sogenannten Pagodenbaus ansteht. Dies muss im Sinne eines vertretbaren Mitteleinsatzes sehr genau untersucht werden.

Auch haben wir aus der Vergangenheit denke ich gelernt. Wir unterstützen den nun anstehenden Architektenwettbewerb: wollen aber sehr genau die Gewichtung der Matrix für die Auswahl der Büros sehen und bitten auch vorher genau abzuklären, wie die Stellplatzsituation aussieht und wie mit der umzugehen ist. Beim Klinikstandort Winnenden haben wir da unsere Erfahrungen gemacht.

Wir tragen den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit und sind auf die nun beginnende Umsetzung gespannt und werden dies konstruktiv begleiten. Auch für die Mitarbeitergewinnung ist dies ein bedeutendes und wichtiges Signal.“

Herr Kreisrat Riedel spricht für die SPD-Fraktion wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Gäste,

lassen Sie mich zunächst auf die Ausgangslage zurückkommen.

1. Viel zu lange wurde an der Konzeption eines neuen Sozialdezernats am für den Wohnungsbau attraktiven Standort Krankenhaus festgehalten. Allein eine Freifläche wollte man auf Jahre hinaus dort freihalten. Gleiches gilt für die Pläne, entlang der Winnender Straße Einrichtungen der Justiz und weitere Dienstleistungen anzusiedeln.
Noch ist kein Wohnungsbau entstanden – er wird erst entstehen. Auf diesem Areal bewegt sich seit langem nichts.
2. Die Arbeitsplatzsituation der Bediensteten der Landkreisverwaltung muss in vielen Bereichen deutlich verbessert und zusammengefasst werden.
3. Die Tiefgarage des Landratsamtes muss dringend saniert werden.

4. Die bestehenden Verwaltungsgebäude müssen sowohl energetisch als auch technisch und kommunikationstechnisch saniert werden.

Fazit: Es besteht ein dringender Handlungsbedarf. Zu lange wurden wichtige Maßnahmen auf die lange Bank geschoben. Ein Gesamtkonzept fehlt. Die Entscheidung für mehr Wohnungsbau auf dem Krankenhausgelände kam spät, aber sie ist richtig.

Wie sieht man in der SPD-Fraktion die Zukunft?

1. An der Rötestraße soll die Kreisbaugruppe ein neues Verwaltungsgebäude für die Landkreisverwaltung bauen. Neben dem Gesundheitsamt sehen wir dabei auch dringenden Handlungsbedarf für das Kreisjugendamt. Wir bedauern, dass dort nicht auch bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.
Kolleginnen und Kollegen, vielleicht werde ich das in meiner Zeit als Kreisrat nicht mehr erleben, aber der Standort „Bosch“ ist nicht auf Ewigkeit dort festgeschrieben. Das wird eines Tages – dafür würde ich eine Wette eingehen – ein teures Wohngebiet werden.
2. Für die weitere Entwicklung soll für die Bebauung am Alten Postplatz ein Architektenwettbewerb, der vor allem auch die städtebaulichen Aspekte aller Gebäude am Alten Postplatz untersucht und darstellt, ausgelobt werden.

Wesentliche Bestandteile dieses Wettbewerbs sind aus unserer Sicht:

1. Vorschlag für die Sanierung der Tiefgarage und Lösungsansätze für die verkehrliche Abwicklung.
2. Entwurf für die Überbauung der Tiefgarage mit einem Verwaltungsgebäude.
3. Im Wettbewerbsverfahren - und das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt und ich glaube das geht quer durch die Fraktionen - soll alternativ untersucht werden, ob eine Grundsanierung des Pagodenbaus– evtl. auch nur eine Dachsanierung mit begrenzten Eingriffen ins Gebäude – oder der Abriss mit Neubau zukunftsweisend ist.
4. Schrittweise Sanierung des Altbaus nach Fertigstellung des Gebäudes an der Rötestraße und des Neubaus über der TG.

Die Maßnahmen der Ziffern 1, 2 und 4 haben für uns Vorrang. Über die Maßnahme in Punkt 3 – Pagodenbau – wird aus unserer Sicht erst nach Fertigstellung der beschriebenen Baumaßnahmen

entschieden. Hierzu ist jeweils vorher eine Bestandsaufnahme und genaue Kostenkalkulation zu erstellen. Inhalt der Bestandsaufnahme soll insbesondere der zu diesem Zeitpunkt erforderliche Raumbedarfsplan sein.

Neben all diesen Maßnahmen fordert die SPD-Fraktion eine Fortschreibung des Masterplans zur Erstellung von bezahlbarem Wohnraum im Rems-Murr-Kreis. In Zusammenarbeit mit den Kommunen sollen in einem aktualisierten Suchlauf alle vor allem in öffentlicher Hand befindlichen Bauflächen dargestellt werden. Wir rufen die Kommunen zur Kooperation mit der Kreisbaugruppe auf. Nur dann, wenn vor allem im Innenbereich von den Kommunen Grundstücke zur Verfügung gestellt werden, kann bezahlbarer Wohnraum entstehen. Neue Wohnbauflächen im Außenbereich müssen an den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung gemessen werden. Neben dem Mietwohnungsbau sprechen wir uns auch für bezahlbaren Eigentumserwerb (Eigentumswohnungen und Reihenhäuser) aus. Die KreisbauGruppe und der Landkreis könnten dieses Eigentum in Zusammenarbeit mit den Kommunen, die es teilweise ja schon realisieren – es gibt ja Kommunen, die hier mit gutem Beispiel vorangehen - finanziell und nach sozialen Kriterien gestaffelt an Familien mit Kindern weitergeben. Ich bitte hierzu die Kommunen um mehr Kooperation. Nur die Kommunen kennen die Grundstücke, die für eine Bebauung und zu einem fairen Preis aus öffentlicher Hand verfügbar sind. Herzlichen Dank.“

Herr Kreisrat Hesky erläutert für die Fraktion der Freien Wähler:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, lieber Herr Riedel, es ist mir etwas unangenehm oder es stellen sich mir die Nackenhaare, wenn wir im Rahmen einer Kreistagssitzung, in der es um die Gesamtimmobilienkonzeption für die Immobilien des Kreistags geht, über wichtige Unternehmen einer Stadt spricht. Ich möchte schon deutlich machen, angesichts der Veränderungen, die momentan Bosch zu gegenwärtigen hat, sollen wir nicht den Eindruck erwecken, dass wir als Stadt möglicherweise daran interessiert wären, dass Arbeitsplätze weggehen. Ganz im Gegenteil. Der Standort,

von dem Sie sprachen, ist einer der wertvollsten von Bosch. Zumindest sind das die Informationen, die ich ganz aktuell bekommen habe im Hinblick auf das Leitwerk für die Verbindungstechnik. Ich glaube unsere Gesellschaft braucht Wohnungen, aber sie braucht auch Arbeitsplätze und deswegen werden wir alles daran setzen, dass Bosch in Waiblingen weiterhin eine gute Zukunft und Heimat hat. Ich glaube wir sind froh darüber, dass es Unternehmen gibt, die auch in einer schwierigen Situation sich zum Standort Region Stuttgart und zum Standort Waiblingen nach wie vor bekennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren;

es ist heute nicht das erste Mal, und es wird nicht das letzte Mal sein, dass wir über die Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen sprechen. Das ist auch richtig und gut so, denn es geht um viel.

Aus der Nachnutzung des Klinikareals hat sich dieses Gesamtimmobilienkonzept entwickelt. Das war nicht von vornherein absehbar. Es gab durchaus auch Phasen, an denen man sich gewünscht hat, dass es endlich am Klinikareal losgeht, damals noch mit Wohnen und Arbeiten, anstatt zu warten, was sich mit den anderen Kreisimmobilien ergibt.

Gleichwohl kann der heute anstehende Beschluss alle mit Zufriedenheit erfüllen. Er ist gut vorbereitet und durchdacht. Durch die Umplanung des Klinikareals - ohne Soziales Landratsamt - wurden 40 weitere Wohnungen ermöglicht, die dem Kreis und der Stadt guttun. Wertvolles Areal, das sich eher für das Wohnen anbietet, wird nun entsprechend genutzt.

Und auch der Hinweis sei gestattet – seit heute Morgen rollen die Bagger.

Gleichzeitig hat der Kreistag mit der Untersuchung aller Verwaltungsimmobilien am Standort Waiblingen eine Bewegung ins Rollen gebracht, die einem durchaus angesichts der Dimension Respekt abnötigen kann und auch abnötigen sollte. Respekt vor einer großen Sache zu haben, hat noch nie geschadet. Aber wir können das gemeinsam stemmen, weil sauber geplant haben und wir mit Bedacht vorgehen. Hinzu kommt, dass alle Beteiligten stets einbezogen und auf dem Laufenden gehalten wurden.

Sicher, man kann der Meinung sein, dass man an der einen oder anderen Stelle die Planung nochmals hinterfragen sollte, ob die Kubatur der Gebäude oder deren Höhenentwicklung so bleiben

muss. Man muss auch in nächster Zeit die Frage klären, ob wir zwei oder drei Tiefgaragengeschosse brauchen. Das ist aus Sicht von uns Freien Wählern eine eher leicht zu beantwortende Frage: Wir sollten drei Etagen in die Tiefe bauen. Denn ein drittes Untergeschoss später nachzurüsten ist schwerlich möglich. Daher lieber jetzt Vorsorge treffen und Optionen schaffen.

Man kann auch fragen, ob wir mögliche neue Mobilitätsformen und die Herausforderungen der Digitalisierung, von der Industrie auf uns umgemünzt, als „Verwaltung 4.0“ ausreichend berücksichtigen.

Man kann auch fragen, ob unsere Gebäude aus den verschiedenen Bauepochen dafür gerüstet sind.

Aber eine Frage kann man heute nicht mehr stellen: „Müssen wir etwas tun?“ Das wurde glockenklar und mehrfach wie folgt beantwortet: „Ja, wir müssen etwas tun. Aus mehreren Gründen!“

Weil wir ein attraktiver Arbeitgeber und ein moderner Dienstleister sein wollen.

Weil wir die Gebäudesubstanz erhalten wollen und die aufgelaufenen Schulden in Beton abbezahlen möchten. Und weil wir auch gute und erhaltenswerte Gebäudesubstanz haben, wie den Altbau.

Weil wir die Umwelt schonen wollen und die kreiseigenen Gebäude technisch nicht mehr auf dem Laufenden sind.

Weil wir den mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Erfolg sehen und weil wir effizient sein wollen, was besser oder sogar nur dann gelingt, wenn die Verwaltung auf möglichst wenige Standorte verteilt ist.

Weil wir als Kreis auch eine Verantwortung für den Städtebau und die Baukultur haben. Das Projekt kann ein möglicher Beitrag für die IBA 2027 unter dem Gesichtspunkt moderne Arbeitswelten werden.

Ein wichtiger Punkt ist auch: Weil wir zu unserem Wort stehen.

Der Kreistag hat sich im Juli 2016 zur Variante 4 der damaligen Untersuchungen von Drees & Sommer bekannt. Mit dem Verzicht auf das Sozialdezernat auf dem Klinikareal hat sich diese Aufgabe nicht in Luft aufgelöst. Die Besichtigung des Jugendamtes hat das eindrücklich bewiesen. Und das ist nur ein Teil davon.

Und nicht zuletzt: Weil wir so vorgehen, dass wir in der Lage sind, auf Veränderungen der Konjunktur Rücksicht zu nehmen.

Mit dem Gesamtimmobilienkonzept und seiner stufenweisen Umsetzung, zu der wir Freien Wähler stehen, behalten wir das Heft des Handelns in der eigenen Hand. Wir bleiben Herr des Verfahrens und der Finanzen. Das war man bei einem anderen Großprojekt in der Vergangenheit nicht immer.

Aus Erfahrung wird man klug und vorsichtig. Aber wir sollten nun nicht übervorsichtig werden. Netz und doppelter Boden sind mit dem Stufenplan eingebaut. Auf zusätzliche Hosenträger kann verzichtet werden.

Lassen Sie uns auch nicht zum Kaninchen werden, das erstarrt und auf die Schlange schaut. Dafür gibt es keinen Anlass. Mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes in der Rötestraße und der Überbauung der Tiefgarage am Alten Postplatz - beides gehört für uns Freie Wähler zusammen - wird der erste Schritt getan. Danach kann es weitergehen mit der Sanierung des Altbaus - und was aus der Pagode wird, das entscheiden wir dann, wenn es soweit ist - oder wenn aus dem Architektenwettbewerb sich eine Idee entwickelt, die uns überrascht und überzeugt. Und nach jedem Abschnitt können wir je nach Rahmenbedingungen entscheiden, ob und wann es weitergeht.

Lassen Sie uns ganz im Sinne von Konfuzius vorgehen, der uns lehrt, dass auch der längste Weg mit dem ersten Schritt beginnt. Wer aber nicht einmal diesen tut, braucht sich nicht wundern, wenn er nicht vorankommt.

Wir Freien Wähler wollen vorankommen und stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Frau Kreisrätin Brodersen nimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

die Fußballweltmeisterschaft war für die deutsche Mannschaft bereits am 3. Spieltag zu Ende. Eine Mannschaft, die sich als Team nicht gefunden hat. Sie zeigte keine Begeisterung für das Spiel und schob den Ball auf dem Spielfeld nur hin und her. Im Ergebnis gab es kaum Tore und ein frühes Ausscheiden. Frust auf allen Seiten - bei den Spielern und den Zuschauern. Auch die Verwaltung des Landratsamtes braucht Teamplayer, Menschen mit fachlichen Qualitäten, die miteinander kommunizieren und die dort gerne arbeiten. Menschen, die sich bewusst dafür entscheiden, in das Team des Landratsamtes Rems-Murr zu kommen. Aber wie können wir die zukünftigen Mitarbeitenden von unserem Team überzeugen?

Für Kunden und Mitarbeitende sind die Räumlichkeiten des Landratsamtes aktuell nicht gerade attraktiv. Die einzelnen Abteilungen sind in Waiblingen auf 11 Standorte mit teilweise schlechten Arbeits- und Beratungsbedingungen verteilt. Davon konnten wir uns bei der Besichtigung einiger Standorte überzeugen. Ausfälle durch eine veraltete Gebäudetechnik, mangelhaftes Raumklima (besonders im Sommer), fehlende Sicherheitszonen, mehrere Mitarbeitende in einem Büro und fehlende Sozialräume sind wenig verlockend für die Mitarbeit in der Mannschaft des Landratsamtes. Bereits 2014 war uns allen klar, dass zur Verbesserung der Situation Veränderungen im Bestand nicht ausreichen und deshalb dringend neu gebaut werden muss. Damals fokussierten wir den Neubau eines Sozialdezernats auf dem Gelände des ehemaligen Klinikums. Zwei Jahre später nahmen wir alle Immobilien der Landkreisverwaltung noch einmal dezidiert ins Visier – und das war richtig und gut.

Durch eine umfassende Analyse der Bestände stellte man am Standort „Alten Postplatz“ mittelfristig einen erheblichen Sanierungsbedarf fest. Die Gegenüberstellung der voraussichtlichen Kosten bei der Beibehaltung des vorhandenen Bestands und unterschiedlichen Neubauvarianten zeigte deutlich, dass erhebliche Kosten auf uns zukommen werden, mit oder ohne Neubauten. Der Kreistag bekannte sich zum Standort Alten Postplatz 10 und zur Ergänzung durch einen Neubau in der Röstestraße. Damit wäre das LRA in Waiblingen an 2 Standorten in verkehrsgünstiger Lage für Kunden und Mitarbeitende gut erreichbar.

Mit den Sanierungen und dem Neubau haben wir die Möglichkeit, uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Berücksichtigt werden müssen energetische Gesichtspunkte ebenso wie betriebswirtschaftliche Abläufe und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterschaft. So können wir die Herausforderungen der Zukunft mit einem guten Team bewältigen. Auch wenn es sich ein Teil der Kolleginnen und Kollegen im Kreistag noch nicht vorstellen kann, die Arbeit in 30 Jahren wird eine andere sein, auch im Landratsamt Waiblingen. Die Menschen werden immer mehr Arbeiten von zu Hause aus erledigen, sowohl die Kundschaft als auch die Mitarbeitenden.

Waiblingen ist eine Stadt mit sehr gutem öffentlichen Nahverkehr. Die gewählten Standorte „Alter Postplatz“ und „Rötestraße“ sind beide mit dem ÖPNV hervorragend erreichbar. Man muss nicht zwangsläufig mit dem Auto zur Arbeit fahren, wie das vielleicht im ländlichen Raum noch erforderlich wäre. Wenn wir unsere Klimaschutzziele ernst nehmen, müssen wir auch aktiv bei unseren derzeitigen und zukünftigen Mitarbeitenden dafür werben, den ÖPNV oder das Fahrrad zu nutzen. Ein üppiges Angebot an Parkplätzen soll nicht zum Individualverkehr einladen. Wir sind überzeugt, dass sich im Mobilitätsverhalten mehr verändern wird als der Wunsch nach einer Steckdose am Parkplatz.

Unser Ziel ist es, alle Dienststellen auf zwei Standorte zu konzentrieren und dabei gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen für unsere Landkreisverwaltung zu schaffen, denn wir GRÜNEN möchten, dass unsere Verwaltung auch als Arbeitgeber ganz vorne mitspielen kann. Mit der vorliegenden Immobilienkonzeption könnte uns das gelingen. Hier werden die einzelnen Schritte der Realisierung aufgezeigt, jedoch kein verbindlicher Zeitrahmen vorgegeben. Wir im Kreistag bestimmen das Tempo, wann und wie wir bauen oder sanieren. So können wir auf die sich verändernden Bedarfe und Erkenntnisse reagieren, aber auch aktuelle finanzielle Möglichkeiten berücksichtigen. Wir wünschen uns, dass das Landratsamt nach Sanierung und Neubau wieder Tabellen-Erster in der Kreisliga ist.

Die Fraktion B90/Die Grünen stimmt deshalb dem heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Kreisrat Lenk trägt für die FDP-FW-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel
liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, verehrte Gäste,

nachdem wir ja bereits ausführlich in der VSKA-Sitzung am 18. Juni darüber diskutiert haben, möchte ich heute für unsere FDP/Freie Wähler-Kreistagsfraktion die für uns wichtigen Eckpunkte nochmals in aller Kürze nennen:

Zunächst möchte auch ich betonen, dass es sich gelohnt hat, dass wir uns Zeit genommen haben, für diese Entscheidung. Über zwei Jahre haben wir diskutiert, es gab Optimierungen, es gab durchaus etliche Bewegungen und neue Überlegungen und ich denke, dass wir jetzt zu einer Lösung gekommen sind, hinter der wir alle stehen können.

- Unsere FDP / Freie Wähler-Fraktion steht zu dem jetzt nach zweijährigen Beratungen und Optimierungen schrittweise entwickelten Konzept, sich in Waiblingen mittelfristig auf die 2 Standorte „Alter Postplatz“ und „Rötestraße“ zu konzentrieren.
- Durch die Überbauung der jetzigen Landratsamt-Garage kann das ursprünglich als 3. Standort in Erwägung gezogene „Postareal“ anderweitig für Wohn- und Gewerbebezüge genutzt werden. Es ist gut, dass wir diese Flächen haben. Außerdem wird der Standort „Alter Postplatz“ als „Landkreis-Zentrale“ gestärkt und städtebaulich aufgewertet, was diesem für Waiblingen so zentralen Platz städtebaulich gut tun wird.
- Außerdem können nach dem Neubau an der Rötestraße die weiteren Baumaßnahmen am „Alten Postplatz“ stufenweise Zug um Zug je nach Haushaltslage umgesetzt werden, so dass finanzielle Husarenritte vermieden werden können und Nachjustierungen möglich sind, aber auch konjunkturell antizyklisch vorgegangen werden kann.
- Ob die jetzt aufwändig nachgelegten Berechnungen einer „Mietkosten-Gegenüberstellung“ bzw. der „Lebenszykluskosten“ hilfreich sind, wagen wir als FDP/FW-Fraktion zu bezweifeln, reichen diese Berechnungen doch bis ins Jahr 2075 und basieren sie auf Parametern, die stimmen können oder eben auch nicht, so dass man hier getrost die Weisheit „Glaube keiner Statistik, die Du nicht selber gefälscht hast“ strapazieren kann.

- Unabhängig von diesen „statistischen Kaffeesatzlesereien“, die zwar viel Geld kosten, aber nur eine vermeintliche Sicherheit vorgaukeln und deshalb vermutlich nicht mal das Papier wert sind, auf das sie gedruckt wurden, ist für unsere Fraktion diese 2- Standort - Variante mit Ihren kurzen Wegen und zu erwartenden Synergien, aber auch ihrer städtebaulichen Qualität die deutlich beste, weshalb wir jetzt diese auch endlich politisch klar positionieren sollten. Es geht um keine Entscheidung aufgrund von Gutachten.
- Allerdings bitten wir zu prüfen, ob die durch die Parkdecksanierung und anderweitig vorgesehenen Parkplätze bei dann gestiegener Mitarbeiter- und Besucherzahl auch auskömmlich sind.
- Und auch wenn wir die im Schreiben des Personalrats vom 6. Juni aufgezählten Mängel ernst nehmen, ist es für unsere FDP/FW-Fraktion nach wie vor ein Problem, dass für die Sanierung der Pagode ein Betrag von 28,7 Mio Euro vorgesehen ist. Hier bitten wir zum wiederholten Male um eine kritische Überprüfung und um die Darstellung von unterschiedlichen, auch unterschiedlich teuren Sanierungskonzepten mit dem Ziel, diese Kosten zu reduzieren.

Abschließend möchte unsere Fraktion Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, nochmals dafür danken, dass Sie den im Jahr 2015 schon beinahe „eingetüteten Baubeschluss“ für das soziale Landratsamt auf dem Waiblinger Klinikgelände nochmals kritisch hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt haben. Nur so kamen wir im Rahmen eines Gesamtimmobilienkonzeptes zu grundsätzlich neuen und deutlich besseren Lösungen und zu zusätzlichen Flächen für den so wichtigen Wohnungsbau.

Deshalb wird die FDP/ Freie Wähler – Fraktion beiden Punkten der Beschlussvorlage zustimmen. Dankeschön.“

Herr Kreisrat Throm führt für die für die Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,

werte Kolleginnen und Kollegen,

die Kreistagsklausur im März verschaffte uns Kreisräten wichtige Einblicke in den Immobilienbestand und die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten am Standort Waiblingen. Der unabweisbare Änderungsbedarf wurde sinnfällig, und die Vorzüge der Parkdeck-Lösung – mit Ausnahme der Kernsanierung des Pagodenbaus – zeigten sich.

Die versprochene stufenweise Realisierung scheint auch den berechtigten Bedenken Rechnung zu tragen, die ein solcher finanzieller Kraftakt – etwa 100 Millionen Euro bis 2025 – hervorrufen muss.

Und doch muss man sich darüber im Klaren sein, welche Dynamik eine abgeschlossene Planung, zu einem Millionenpreis, entfalten würde. Der Handlungsdruck, mit den Baumaßnahmen zu beginnen, wäre immens, zumal ein unverzüglicher Baubeginn nach Abschluss der Planungen am wirtschaftlich vernünftigsten erscheint.

Deshalb wollen wir die Planungen aufschieben, bis uns die wichtigsten Voraussetzungen gegeben erscheinen. Wäre es nicht verantwortungsvoller, noch einige Jahre zu warten, bis die Folgen des völlig überteuerten Krankenhausbaus in Winnenden einigermaßen bewältigt sind? Wie kann man ein so gewaltiges Bauvorhaben beginnen, solange ein gerade abgeschlossenes noch jährlich zweistellige Millionenbeträge an Folgekosten hervorruft?

Und brauchen wir nicht zunächst einmal Rechtssicherheit, was die Erstattung von Flüchtlingskosten durch das Land anbetrifft? Die schlechte Zahlungsmoral des Landes macht uns bereits jetzt schwer zu schaffen. Was aber wird erst geschehen, wenn wir eines Tages wieder mit Zuweisungen von mehreren hundert Personen im Monat konfrontiert werden sollten? Auch für diesen Fall müssen die Zahlungsverpflichtungen des Landes rechtssicher festgelegt sein, sonst wird die Verwirklichung des Immobilienkonzepts zu einem unkalkulierbaren Abenteuer.

Wir verstehen, dass die Mitarbeiter der Kreisverwaltung, vor allem des Kreisjugendamts, endlich Taten sehen wollen. Doch wir können neben der Realität der unbefriedigenden Räumlichkeiten der Kreisverwaltung nicht die Wirklichkeit der angespannten Finanzlage unseres bereits jetzt hochverschuldeten Landkreises ausblenden.

Mit dem Bauvorhaben in der Rötestraße kann die Kreisbau ohne Aufschub beginnen. Für alles Weitere brauchen wir mehr Zeit. Wir haben einen Vorschlag vorgelegt, wie weiter zu verfahren sein könnte. Wir sind willens, auf andere konstruktive Ideen einzugehen, die gleichfalls das Wünschenswerte mit dem Machbaren besser vereinbaren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Kreisrat Kober erklärt für die Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

wir die LINKE/ÖDP möchten uns heute ganz klar für die vorliegende Immobilienkonzeption aussprechen, denn es ist

1. Eine effiziente zukunftsfähige Kreisverwaltung im Sinne der Bürger
2. Es ist die wirtschaftlichste Lösung weil
 - eigener Boden genutzt wird,
 - wir eine zeitnahe Anpassung der Mietbedingungen erreichen,
 - wir den Sanierungsrückstau endlich auflösen
3. Mehr Flexibilität durch mögliche Verwertung des Postareals für den von mir favorisierten sozialen Wohnungsbau.
4. Schnelle Umsetzung, was auch im Interesse der derzeit noch über die Stadt verteilten Standorte ist.
5. Auch die Ziele des Klimaschutzes können durch eine zügige Umsetzung rasch verbessert werden.
6. Und nicht zuletzt hat das vorgestellte "Fahren auf Sicht", den Charme "unterwegs" doch noch eingreifen zu können!

Ich weiß, dass die Kreisumlage dadurch nicht geringer wird, aber der Kreis plant doch auch im Interesse der der Bürger in den Gemeinden. Dann dürfte doch auch ein gewisses Verständnis da sein, für notwendige Baumaßnahmen. Schließlich haben doch auch die Gemeinden Ihre Rathäuser renoviert bzw. neu gebaut! Aber lassen Sie mich noch etwas zu den anderen Kosten der Verwaltungsvorlage bis 2028 etwas sagen:

ÖPNV und motorisierter Individualverkehr

Der Straßenverkehr wird 2028 mit fast 18 Mio. Euro subventioniert. Das heißt, hier werden große Summen für ein höchst ineffizientes - aber von uns allen ach so geliebtes - Verkehrsmittel ausge-

geben. Hier könnten wir einiges sparen, denn so schlecht sind doch die Straßen meiner Ansicht im Kreisgebiet eigentlich nicht. Stattdessen könnten wir in das Sozialticket investieren. Denn Mobilität und Integration ist in einer modernen Gesellschaft Voraussetzung für die diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Menschen mit geringem oder aber ohne Erwerbseinkommen haben genauso einen Anspruch auf spezielle VVS-Tarife, wie z. B. auch Senioren oder Studenten. Vom Firmenticket ganz zu schweigen.

Wenn Sie diesen Weg nicht gehen wollen, fühlen sich diese Menschen immer mehr abgehängt, und gehen dann auch nicht mehr wählen! Wollen Sie das wirklich?

Breitbandausbau

Für 2028 stehen dort 12 Mio. Euro zu Buche. In den 90er Jahren haben Sie alles privatisiert! Jetzt haben Sie eine eigenständige Bahn, Post und Telekom, die den Kommunen das Leben schwer machen! Wir müssen nun sehen wie wir der Telekom den Schneid abkaufen! Aber auch hier gilt - für alle Bürger gilt es, den Breitbandausbau umzusetzen und nicht nur für die Wohlhabenden, die sich den Ausbau leisten können! Die LINKE/ÖDP ist mit dem Immobilienkonzeption einverstanden! Aber geben Sie sich einen Ruck und denken Sie mal über die anderen Sachen nach! Vielen Dank.“

Landrat Dr. Sigel dankt für die unter anderem auch kritische Diskussion. Der Verwaltung und ihm sei es bewusst, dass die bis dato ausgearbeiteten Planungen zum Gesamtimmobilienkonzept durchaus kritisch gesehen werden können. Man habe so seine Erfahrungen mit Gutachtern gemacht und gelernt, dass eine Planung auch immer ein dynamischer Prozess sei. Wichtig bei der Planung sei immer gewesen, dass man von vornherein nicht etwas weglasse, was man im Nachhinein brauche. Es gehe zunächst um das Signal an die Planenden, dass mit der Umsetzung des Konzeptes, gemeinsam mit dem Kreistag, begonnen werden könne. Der Kreistag solle weiterhin das Steuer in der Hand haben. Die Dinge werden dann nach dem wettbewerblichen Verfahren in der Lenkungsgruppe auf den Weg gebracht, so dass sie zur jeweiligen Beschlussfassung in den Kreistag kommen können.

Kreisrat Hestler betont, dass er den Brief des Personalrates sehr ernst nehme und seine Meinung teile, dass die Arbeitsbedingungen im Altbau verbesserungswürdig und beim Kreisjugendamt unzumutbar seien. Er unterstütze daher das Gesamtimmobilienkonzept. Er könne der Variante 0 – die früher noch von „sanieren“ sprach und ohne den Punkt Rötestraße diskutiert wurde - mit Abstrichen

beim Pagodenbau zustimmen. Mit dem eingesparten Geld könnten andere zentrale Anliegen der Beschäftigten Rechnung getragen werden. Man müsse jedoch daran denken, dass auch die Kosten für den Bau an der Rötestraße dem Landkreis kostenmäßig zur Last fallen. Er schlage vor, die Rötestraße zunächst mit dem Kreisjugendamt zu beziehen. Die übrigen freien Plätze in der Rötestraße könnten dann von Mitarbeitern während des II. Bauabschnittes genutzt werden. So könnten eventuell die Kosten beim „Bauen im Bestand“ in Höhe von 20 Mio. Euro eingespart werden. Diese Lösung trage den Interessen der allermeisten Beschäftigten Rechnung.

Die Parkdecklösung werde von ihm nicht getragen. Die Kosten, die aus diesem Verzicht gespart würden, könne man besser in bezahlbaren Wohnraum investieren.

Er habe folgende Fragen/Meinung:

1. Ist es realistisch, mit einem Lebenszyklus von 50 Jahren zu rechnen? Er habe die Information, dass bei einem öffentlichen Funktionsbau mit einem Lebenszyklus von 35 Jahren gerechnet werden müsse.

Käme dann bei der Annahme eines Lebenszyklusses von 35 Jahren die Variante 0 erheblich billiger?

2. Ist es richtig, dass noch im Herbst 2017 die Gutachter empfohlen haben, die Sanierung des Pagodenbaues nicht mehr weiter zu planen, da sie unwirtschaftlich sei? Ein Abriss sei wirtschaftlicher und werde daher empfohlen.

Die Kosten von 20 Millionen Euro für das „Bauen im Bestand“ könne man mit einer geschickten Bauschnittberechnung einsparen. Diese Kosten würden dann bei der Variante 0 ebenfalls wegfallen.

3. Bei den Mietkosten wurde eine Kostensteigerung von 2 % / Jahr angenommen. Dies sei sehr hoch. Er frage sich, was dieser Kostensteigerung zu Grunde liege, bzw. ob die Baukosten und die Zinsentwicklung mit einberechnet worden seien. Er bitte hierzu noch um nähere Informationen.

Kreisrat Hestler betont, dass er positiv für das Gesamtimmobilienkonzept stimmen wolle. Allerdings könne er dies nicht tun, da er für die Variante 0 abzgl. der Kosten / Planungen für den Pagodenbau sei. Eventuell sei möglich, nochmal über die Variante 0 abzustimmen.

Landrat Dr. Sigel fasst die drei Fragen von Herrn Kreisrat Hestler wie folgt zusammen:

1. Wird ein Lebenszyklus von 50 Jahren oder von 35 Jahren für einen öffentlichen Bau angenommen?

Herr Straka, Firma Drees & Sommer, erläutert:

Aktuell werde die gesamtwirtschaftliche Lebensdauer eines Büro- oder Verwaltungsgebäudes mit rund 50 Jahren angesetzt. Nehme man eine kürzere Betrachtungszeit, müsse zusätzlich ein kalkulatorischer Restwert mit berücksichtigt werden, d.h. der Wert, mit dem am Ende der Betrachtungszeit die Immobilie noch zu bewerten ist.

Egal welche Berechnungsmethode, rein mathematisch gesehen sei das Ergebnis gleich. Viel wichtiger sei zu bedenken, dass einer Kalkulation viele geschätzte Variablen zugrunde lägen.

2. Hat das Gutachten empfohlen, die Pagode zu sanieren oder abzureißen, weil die Bausubstanz doch besser als ursprünglich gedacht ist?

Landrat Dr. Sigel beantwortet wie folgt:

Für die Verwaltung sei es wichtig gewesen, viele sinnvolle Varianten gegeneinander abzuwägen. Wenn der Landkreis nur sanieren wolle und keinen weiteren Ausbau plane, wie es zum Beispiel die Variante 0 zeige, würde zeitnah der Platzbedarf größer als das zur Verfügung stehende Raumkontingent sein.

Man könne auch kritisch hinterfragen, ob es nicht besser sei zu mieten, anstatt zu bauen. Jedoch spreche viel dafür, dass sich der Landkreis künftig mit einem eigenen Gebäude auf nur zwei Standorte konzentriere, anstatt sich 11 Mietobjekte zu leisten. Dies sei effizient, wirtschaftlich und fördere das Zusammenwachsen einer Verwaltung. Die Verwaltung spreche sich daher klar gegen die Variante 0 aus und empfiehlt den Standort Alten Postplatz als beste Lösung. Das heißt, den Bau eines eigenen Gebäudes auf der innerstädtischen Brachfläche am Alten Postplatz.

Herr Beutelspacher, Firma Drees & Sommer, ergänzt wie folgt:

Die Bestandsgebäude, die Pagode und das Hochhaus seien sehr umfangreich analysiert und technisch überprüft worden. Dadurch wisse man auch, wieviel Flächen und Raumoptimierungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden, die in die Analyse für den zukünftigen Arbeitsplatzflächenbedarf einfließen können. Die Pagode sei sanierungsfähig und –würdig. In ihr könnten wie im Gutachten dargestellt mit Veränderung der Raumzuschnitte über 200 Arbeitsplätze untergebracht werden.

Es sei ein wirtschaftlicher Ansatz, die Pagode zu sanieren.

3. Welche Kosten wurden in der jährlichen Mietpreissteigerung von 2% einberechnet?

Herr Straka, Firma Drees & Sommer, erläutert:

In den letzten Jahren lägen deutliche Kostensteigerungen vor und die konjunkturelle Lage und die Auslastungssituation seien weiterhin sehr positiv für die Unternehmen. Die Nachfrage nach gewerblichen Flächen und Wohnungen steige ständig. Vor diesem Hintergrund habe man eine 2%-ige Kostensteigerung angenommen. Allerdings setze dies voraus, dass die Baumaßnahme zügig umgesetzt werde oder umgekehrt, man dürfe nicht mehr 5-10 Jahre mit dem Baubeginn zuwarten. Die im Gutachten vorliegenden Zahlen basieren darauf, dass man Schritt für Schritt bis zum Abschluss der letzten Maßnahme im Jahr 2025 vorgehe. Darüber hinausgehende Kostensteigerungen seien schwer abschätzbar, weshalb ein Punkt „Unvorhergesehenes“ in der Kostenschätzung vorgesehen sei. Wenn nun deutlich größere Kostensteigerungen eintreten (3%, 5%, 6%) sei man natürlich nicht mehr auf der sicheren Seite. Wenn jedoch alle wissen, mit was gerechnet oder nicht gerechnet wurde und wo noch ein ergänzendes Kostenrisiko vorherrsche, dann sei maximale Transparenz gegeben. Die Variante 0 würde immer unvorteilhafter, je größer die Kostensteigerungen ausfielen, das heißt je höher die Kostensteigerung ist, desto höher werde die Miete und desto unvorteilhafter werde Variante 0.

Kreisrat Härtner begrüßt die Zusammenlegung der Gebäude und sieht darin auch in energetischer Sicht die Vorteile. Er bittet auch im Rahmen des Ideenwettbewerbes die CO₂-Problematik im Fokus zu haben. Gut wäre, bei den unterschiedlichen Varianten einen Vergleich des jeweiligen CO₂-Ausstoßes zu haben.

Landrat Dr. Sigel erwidert, dass im Lenkungsausschuss bei der Vorbereitung der Kriterien für das wettbewerbliche Verfahren dieser Wunsch eingearbeitet werden könne.

Kreisrat Hestler betont nochmal ausdrücklich, dass es ihm nicht um das eventuell vorherrschende ergänzende Kostenrisiko gehe, sondern um den tendenziös einseitigen Vergleich der Kosten zwischen Variante 0 und den anderen Varianten. Seiner Meinung nach diene dieser Kostenvergleich nur dazu, die Variante 0 kostengünstiger zu machen.

Landrat Dr. Sigel möchte nochmals an dieser Stelle klarstellen, dass die Verwaltung, die Kreisbaugruppe und auch die langjährig erfahrene Firma Drees & Sommer nicht versucht hätten, tendenziös zu rechnen. Die Zahlen könne man sicher im Einzelnen kritisch hinterfragen. Wichtig sei aber nach wie vor, dass man Schritt für Schritt vorgehe und im Zweifel eine Notbremse ziehen könne.

Herr Kreisrat Schöllkopf zieht sich wegen Befangenheit in den Zuhörerraum zurück.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 RMIM
- 1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 3.1

Bericht der Verwaltung zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption

1. Der Kreistag nimmt den umfassenden Bericht der Verwaltung zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen zur Kenntnis.

§ 3.2

Einleitung eines wettbewerblichen Verfahrens zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption

Der Kreistag beschließt Ziffer 2 mehrheitlich mit 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

2. Den Planungen zur Gesamtimmobilienkonzeption sowie der Einleitung eines wettbewerblichen Verfahrens zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption am Standort Waiblingen gemeinsam mit der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH, wird zugestimmt.

§ 3.3Antrag der AfD - Aussetzen der Einleitung eines wettbewerblichen Verfahrens zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption

Der Kreistag lehnt Ziffer 3 des **Antrags der AfD/Unabhängigen** mehrheitlich mit 75 Nein-Stimmen, 3 Ja- und 3 Enthaltungen ab:

3. Die Planungen gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlags blieben so lange ausgesetzt, bis die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) Das jährliche, durch den Landkreis auszugleichende Defizit der Rems-Murr-Klinik unterschreitet den Betrag von 10 Millionen Euro.
 - b) Das Land übernimmt die im Rems-Murr-Kreis anfallenden direkt zurechenbaren Flüchtlingskosten (ohne freiwillig Leistungen des Kreises), einschließlich der Kosten für geduldete Personen vollständig.

§ 3.4

Antrag der AfD - Keine Weiterverfolgung für Planungen einer Kernsanierung des Pagodenbaus

Standort Alter Postplatz

Drucksache

Der Kreistag lehnt Ziffer 4 des **Antrags der AfD/Unabhängigen** mehrheitlich mit 77 Nein-Stimmen, 3 Ja- und 1 Enthaltungen ab:

4. Planungen für eine Kernsanierung des sogenannten Pagodenbaus am Standort Alter Postplatz werden nicht weiterverfolgt.

§ 4Kreisstraßenmaßnahmenplan 2018-2021Drucksachen 2018/142

Landrat Dr. Sigel führt aus, wie wichtig es sei, die notwendigen Verbesserungen an den Straßen mit der Ausgestaltung und Erweiterung des ÖPNV-Angebotes gemeinsam zu betrachten. Er sehe den Kreisstraßenmaßnahmenplan ebenso als Maßnahme für den ÖPNV. Denn in der Fläche, wo Busse verkehren und noch mehr fahren sollen, habe man oftmals so schlechte Straßen, dass es für die Busse wie für den Begegnungsverkehr – insbesondere auch für Fahrradfahrer - nicht optimal sei. Es sei ausdrücklicher Wunsch der Busunternehmer, dass man den Straßenzustand auf den Prüfstand stelle.

Kreisrat Hinderer hat eine Verständnisfrage. Der Bau der K1891 ab der Buchengehrener Sägmühle sei im Kreisstraßenmaßnahmenplan bis Wahlenheim geplant. Er frage sich, weshalb der Bau nicht bis Hintersteinenberg, und damit nur noch um einen Kilometer, verlängert werde. Eine erneute Baustelle einzurichten, würde sicherlich keine Kosten sparen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass die Frage in den nächsten Tagen von Herrn Hein beantwortet werde. Der Kreisstraßenmaßnahmenplan zeige grundsätzlich auf, welche Straßenbaumaßnahmen die Verwaltung für den angegebenen Zeitabschnitt ins Visier nehme. Die Feinplanung der einzelnen Maßnahmen mit Vergabeverlauf und Informationen darüber, warum ein Streckenabschnitt z.B. ausgelassen werde, werde im Umwelt- und Verkehrsausschuss ausgiebig erläutert.

Der Kreistag beschließt einstimmig mit 1 Enthaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Kreisstraßenmaßnahmenplan 2018-2021 für den Rems-Murr-Kreis zu beschließen.

Auszüge:

1 Straßenbauamt
1 Amt für Finanzen

§ 5Neubesetzung des Vorstands der AWRMDrucksache 2018/007

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Anstaltssatzung der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR mit Wirkung zum 1. Januar 2019 zu beschließen.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Verwaltungsrat anzuweisen,
 - a) Herrn Frank Geißler, geb. am 02.05.1954, wohnhaft in Schorndorf zum 31. Januar 2019 als Vorstand der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR abzuberaufen,
 - b) Herrn Marcus Siegel, geb. am 19.04.1967, wohnhaft in Schorndorf ab dem 1. Februar 2019 für fünf Jahre bis zum 31. Januar 2024 zum Vorstand Finanzen der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR zu bestellen,
 - c) die Löschung der Prokura des Herrn Marcus Siegel im Handelsregister HRA 734140 des Amtsgerichts Stuttgarts zum 31. Januar 2019 zu beschließen.

Auszüge:

1 Beteiligung und Immobilien

1 Amt für Finanzen

1 AWRM

§ 6

Geschäftsordnung des Verwaltungsrates der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR

Drucksache 2018/004

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Verwaltungsrates der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR.

Auszüge:

- 1 Amt für Beteiligung und Immobilien
- 1 Amt für Finanzen
- 1 AWRM

§ 7Kreistagswahl 2019; Einteilung der Wahlkreise sowie Bildung des Kreiswahlausschusses
Drucksache 2018/148

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Für die Kreistagswahl 2019 werden folgende Wahlkreise gebildet:

- Wahlkreis 1 Backnang
- Wahlkreis 2 Fellbach
- Wahlkreis 3 Schorndorf mit Winterbach
- Wahlkreis 4 Waiblingen
- Wahlkreis 5 Winnenden
- Wahlkreis 6 Weinstadt
- Wahlkreis 7 Kernen i.R und Korb
- Wahlkreis 8 Leutenbach, Schwaikheim und Berglen
- Wahlkreis 9 Remshalden, Plüderhausen und Urbach
- Wahlkreis 10 Rudersberg, Welzheim, Alfdorf und Kaisersbach
- Wahlkreis 11 Murrhardt, Sulzbach an der Murr, Oppenweiler, Großerlach und Spiegelberg

- Wahlkreis 12 Aspach, Weissach i.T., Auenwald, Allmersbach i.T., Althütte,
Kirchberg an der Murr und Burgstetten

Für den Kreiswahlausschuss werden die von den Fraktionen vorgeschlagenen Personen gewählt.

Auszüge:

4 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 41

Öffentlich

§ 8

Wahl der Vertrauenspersonen für die Schöffenwahlausschüsse

Drucksache 2018/113

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die in der Anlage aufgeführten Personen werden als Vertrauenspersonen für die Schöffenwahlausschüsse bei den drei Amtsgerichten Backnang, Schorndorf und Waiblingen vorgeschlagen.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 9Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH ohne EntlastungDrucksache 2018/131/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen, nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zu richten hat:

Kenntnisnahmen:

1. Vorlage des Geschäftsberichts und des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017
2. Bekanntgabe des Berichtes über die Jahresabschlussprüfung

Beschlussfassungen:

3. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses 2017
(Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang)
4. Erteilung der Entlastung der Geschäftsführung
5. Bestimmung des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2018
6. Weisungen zur Abstimmung in der Gesellschafterversammlung der Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Rems-Murr gGmbH
7. Bestellung von Herrn Thomas Fokken als stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied als Nachfolger von Herrn Uwe Voral

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Beteiligung und Immobilien
- 1 Rems-Murr-Kliniken

§ 10Erteilung von Weisungen (ohne Entlastung der Aufsichtsräte) an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen dera) Kreisbaugesellschaft Waiblingen mit beschränkter Haftungb) RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbHc) RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KGDrucksache 2018/150/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und teilt mit, dass es zu TOP 11 und 12 eine neue Rechtsauffassung des Regierungspräsidiums gebe, dass die Abstimmung über die Entlastung des Aufsichtsrates ohne die Aufsichtsräte erfolge. Daher werde sich bei diesen TOP's ein Wechsel der Sitzungsleitung ergeben.

Der Kreistag beschließt einstimmig mit 1 Enthaltung:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen, nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den Gesellschafterversammlungen der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, der RMIM, Rems-Murr-Kreis- Immobilien-Management GmbH sowie der RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG zu richten hat:

Kenntnisnahmen:

1. Vorlage der Geschäftsberichte und der Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2017
2. Bekanntgabe der Berichte über die Jahresabschlussprüfungen

Beschlussfassungen:

3. Beschlussfassung über die
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses 2017 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und
 - b) Verwendung des Bilanzergebnisses
4. Erteilung der Entlastung der Geschäftsführung

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 44

Öffentlich

Bei der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH zudem:

5. Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung der RMIM
6. Neubildung des Aufsichtsrates mit Herrn Erich Theile als Stellvertreter für Herrn Wolfgang Kölz sowie Herrn Thomas Fokken als Stellvertreter für Herrn Klaus Harald Kelemen

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Beteiligung und Immobilien
- 1 Kreisbaugruppe Waiblingen

§ 11Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Entlastung des AufsichtsratesDrucksache 2018/131/2

Landrat Dr. Sigel und die Aufsichtsrätinnen/-räte, Herr Holzwarth, Herr Dr. Kasper, Frau Dr. Ulfert, Herr Reingruber, Herr Franke, Herr Klopfer, Herr Hesky, Herr Jasper, Herr Sailer, Herr Höschele, Herr Messinger, Herr Haußmann, Herr Dr. Weigold und Herr Lenk ziehen sich wegen Befangenheit in den Zuhörerraum zurück.

Herr Kreisrat Riedel übernimmt als 2. Stellvertretender des Kreistags die Sitzungsleitung.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die nachstehende Weisung zur Entlastung des Aufsichtsrates, nach der sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zu richten hat.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligung und Immobilien

1 Rems-Murr-Klinik

§ 12

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafter-versammlungen der

a) Kreisbaugesellschaft Waiblingen mit beschränkter Haftung

b) RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH

c) RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG

zur Entlastung des Aufsichtsrates

Drucksache 2018/150/2

Landrat Dr. Sigel und die Aufsichtsrätinnen/-räte, Herr Dr. Ketterer, Herr Schöllkopf, Herr Dr. Nopper, Herr Reingruber, Herr Sczuka, Herr Hundt, Herr Tottmann, Herr Engel, Herr Kelemen, Frau Möhrle, Herr Fokken, Frau Wörner, Frau Jensen, Herr Jasper, Herr Friedrich, Frau Jud, Herr Heid, Herr Ulrich, Frau Besa, Herr Messinger, Herr Höschele, Herr Auer, Frau Goll, Herr Treiber, Frau Wittner und Herr Rienth ziehen sich wegen Befangenheit in den Zuhörerraum zurück.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen zur Entlastung des Aufsichtsrates, nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den Gesellschafterversammlungen der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, der RMIM, Rems-Murr-Kreis- Immobilien-Management GmbH sowie der RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG zu richten hat.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligung und Immobilien

1 Kreisbaugruppe Waiblingen

§ 13Verschiedenes

Kreisrat Riedel nimmt auf das Thema Breitband, welches auch in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 02.07.2018 behandelt wurde, Bezug und berichtet aus einem Artikel der Zeitschrift für kommunale Wirtschaft. Es gebe Stadtwerke, die sich bei dem Thema Kommunikation schon kräftig ins Zeug gelegt hätten, auch finanziell und er bezweifelt sehr massiv in seinen Ausführungen, dass die Telekom das realisieren werde was jetzt versprochen sei. Er fragt, wie der Kreis damit umgehe? Dies betreffe sicher nicht nur die Sindelfinger Stadtwerke, sondern seines Wissens auch die Waiblinger und andere hier im Rems-Murr-Kreis. Er denkt, da solle man die Geschichte sehr aufmerksam verfolgen.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich bei Kreisrat Riedel für den Hinweis. Vertrauen sei die allerwichtigste Währung, wenn man miteinander arbeite und Geschäfte mache. Die Telekom sei in Sachen Vertrauen noch gegenüber den Städten und Gemeinden in der Bringschuld. Er glaube, dass das auch zu Beginn des Prozesses und auch bei der Verhandlung dieser Absichtserklärung klar sei und mehr als eine Absichtserklärung verstecke sich ja nicht hinter dem neudeutschen Wort LOI - Letter of Intent, nicht. Man wolle kooperieren. Es seien da keine finalen Festlegungen getroffen worden, sondern die Telekom sei aufgefordert, auch mit dieser Absichtserklärung, ganz klar verbindliche Taten folgen zu lassen, dass auch die Verbindlichkeit, die so in dieser Vereinbarung abzuschließen gälte, auch entsprechend festgeschrieben werde. Gegebenenfalls mit Pönalen – mit Vertragsstrafen, so dass man eine Verlässlichkeit hinbekomme. Landrat Dr. Sigel sagt aber auch, Vertragsstrafen seien das schlechteste Mittel um Vertrauen und Vertragseinhaltung einzufordern. Das sei nicht die Lösung, sondern es gehe darum, dass Vertrauen entstehe und der Landkreis nur die Auffangrolle habe. Er habe immer klar gemacht, dass der Kreis gerne unterstützend mit in die Presche springe, aber der Kreis nicht den Anspruch habe, gar hier irgendwie die Führungsrolle zu kapern. Deshalb gelte auch in der Lenkungsgruppe gemeinsam mit den Bürgermeistern die klare Ansage, man möchte die Stadtwerke eigentlich von Anfang an bei uns im Landkreis miteinbeziehen. Auch in die Verhandlungen mit der Telekom, sodass da hoffentlich das Vertrauen entstehe.

Sollte kein Vertrauen entstehen und kein entsprechendes Angebot auf dem Tisch liegen, welches die Städte, Gemeinden und die Kreisräte überzeuge, werde es bei einer Absichtserklärung bleiben.

Auszüge:

1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss

Die Kreisräte/innen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am 09.07.2018

Seite 49

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss